

Heute vor 51 Jahren



5.6. 1967: Sechstagekrieg im Nahen Osten. Ein israelisches Detachement kehrt nach einem heftigen Kampf gegen ägyptische Einheiten, der in der Nacht zuvor nördöstlich von Gaza nahe der israelisch-ägyptischen Grenze stattgefunden hat, in die Ausgangsstellungen zurück. Der Sechstagekrieg zwischen Israel auf der einen und den arabischen Staaten Ägypten, Jordanien und Syrien auf der anderen Seite dauerte vom 5. bis zum 10. Juni 1967. Israel, welches den Krieg am 5. Juni mit einem Präventivschlag begonnen hatte, eroberte den Sinai, die Golan-Höhen sowie das Westjordanland und ging als Sieger aus dem Konflikt hervor. Foto Keystone

Briefe

Ungesund und viel zu mager

Die perfekte Figur – dank der richtigen Sommerdiät; BaZ 4.6.18

Es ist skandalös, dass die BaZ auf der Titelseite ein Bild des Models Candice Swanepoel mit dem Titel «Die perfekte Figur» zeigt. Dieses Model – mit den sichtbaren Rippen – hat keineswegs die perfekte Figur und ist viel zu mager. Es wird darum gekämpft, dass die jungen Frauen nicht diesen abgemagerten, ungesunden Model-Figuren nacheifern sollen. Aber die BaZ zeigt gerade wieder das Gegenteil! Ich wünsche mir sehr, dass die Frauen sich mit diesem erschreckenden Bild nicht zum Erreichen einer solch hageren, unattraktiven Figur verführen lassen.

Anita Müller, Münchenstein

Will die BaZ so neue Leser gewinnen?

Muss das sein? Eine extrem leicht bekleidete Frau auf der Frontseite der Basler Zeitung? Will die BaZ jetzt auch zu einem jener «Blätter» werden, die meinen, damit könne man neue und treue Leserinnen und Leser gewinnen?

Dorothee Ött, Basel

Bildungsrat heute nicht demokratisch

Zur Baslerbieter Abstimmung über die Abschaffung des Bildungsrats

Am 10. Juni 2018 stimmen wir über eine sehr wichtige Vorlage ab. Es geht um die Schaffung des Beirates Bildung. Dieser Beirat Bildung soll den Bildungsrat ersetzen. Es geht letztlich darum, ob wir wirklich dazu bereit sind, uns für eine gelebte Demokratie einzusetzen – oder es bei einem Lippenbekenntnis bleibt.

Warum ist der Bildungsrat nicht demokratisch? Es sind doch verschiedene Personen aus der Politik vom Landrat in den Bildungsrat gewählt worden. Die Befürworter des Bildungsrates sagen immer, dieser sei nicht politisch – und jetzt doch? Die Wirtschaft sei ebenso vertreten und sogar mit dem Vizepräsidenten betreut. Der Bildungsrat wolle nur das Beste für die Bildung und nur die bestmögliche Zusammensetzung der Stundentafel – so heisst es jedenfalls. Wenn dem so ist, warum

musste sich der Bildungsrat nach vielen Stunden unnötiger Verhandlungen dem Druck der Landräte (es ging um eine Motion Ryf, CVP) Anfang 2018 beugen? Die Einsicht kam spät, dass der Volksentscheid, keine Sammelfächer zuzulassen, hintergangen wurde. Dieses Gebaren muss aufhören – aber wie?

Die «abschliessende Befugnis», über die Stundentafel und die Lehrmittel zu entscheiden, ist ein wirklich undemokratisches Recht. Dieses wurde irrtümlicherweise ins Gesetz aufgenommen. Jetzt muss das korrigiert werden. Der heutige Bildungsrat muss niemandem Rechenschaft ablegen und entscheidet alleine darüber, welches Fachwissen sich unsere Kinder in der Schule aneignen sollen. Dies widerspricht einem demokratischen Grundverständnis! Ich stimme mit Überzeugung Ja zur Schaffung des Beirates Bildung.

Paul Hofer, Landrat FDP, Präsident FDP BL

Der Beirat bringt eine klare Zuordnung

Es ist höchste Zeit, diesen Bildungsrat aufzulösen. Vertreter von Handelskammer, Kirchen und Juristen haben in den letzten Jahren bewiesen, dass sie von Bildung nichts verstehen. Ein Fehlentscheid reiht sich an den andern. So versucht er unter anderem, die vom Volk abgelehnten Sammelfächer doch noch zu retten! Ein ehemaliges Mitglied erzählte mir, dass die Herren Bildungsrate erst an den Sitzungen ihre Couverts öffnen, um zu sehen, was heute zu besprechen sei. Der beratende Beirat bringt eine klare Zuordnung der Steuerung im Bildungswesen. Deshalb dreimal Ja zu den Bildungsvorlagen.

Heinz Schwob, Lampenberg

Mieter-Initiativen kontraproduktiv

Zu den Basler Abstimmungen über die Mieter- und Wohn-Initiativen

Die Formularpflicht ist mehr als nur eine unnötige Bürokratie. Wenn Beat Jans in seinem Pro-Beitrag in der BaZ vom 2. Juni schreibt, die Formularpflicht verändere nur eine Zeile im Mietvertrag, dann täuscht er sich. Es kann nun nicht jeder angesehene Politiker und Nationalrat mit dem Mietrecht vertraut sein, aber es sind dann gerade die seiner politischen Gesinnung nahe-

stehenden Mietervertreter und Anwälte, die den mehrheitlich fairen, korrekten und vor allem auch privaten Vermietern Sorgen bereiten.

Das Mietrecht ist in formaler Hinsicht sehr streng und gerade den Vermietern wird diesbezüglich kein Fehler verziehen. So kann noch später ein ungenügend angezeigter Anfangsmietzins rückwirkend als missbräuchlich oder teils nichtig angefochten werden. Wo bleibt da für den ehrlichen Vermieter die Rechtssicherheit? Nidwalden schafft die Formularpflicht diesen Sommer wieder ab, weil sie nichts bringt, nicht angewendet wird und, wie auch in den anderen Kantonen mit Formularpflicht, keine mietpreishemmende Wirkung erreicht worden ist – im Gegenteil.

Mit den Initiativen schlägt man einen Keil zwischen Vermieter und Mieter und stört das mehrheitlich gute Einvernehmen zwischen den Parteien. Das dient letztendlich keiner Seite und wird langfristig den Mietern mehr schaden als nützen. Man soll nicht wegen wenigen «schwarzen Schafen», die wir alle nicht wollen und nicht unterstützen dürfen, ein weitgehend gut funktionierendes System, ein ausgewogenes Mietrecht mit einem ausreichenden Mieterschutz infrage stellen.

Für die vorhandenen Probleme braucht es Lösungen, die man gemeinsam angehen soll. Die Initiativen, allen voran die Formularpflicht, lösen diese nicht und schaffen vor allem keine neuen Wohnungen. Darum viermal Nein zu diesen schädlichen und kontraproduktiven Initiativen.

Andreas Biedermann, Riehen

Eine Fremdsprache genügt

Zur Baslerbieter Abstimmung über Fremdsprachen in der Schule

Der Fremdsprachenunterricht auf der Primarstufe ist weder effizient noch nachhaltig. Dies belegen die Unterrichtspraxis sowie diverse Studien. Daran schuld sind nicht die Primarschullehrpersonen, im Gegenteil. Diese leisten gute Arbeit. Doch selbst sie können entwicklungsspezifische Aspekte beim Fremdsprachenerwerb nicht überlisten.

So verfügen Kinder im Primarschulalter beispielsweise nicht über das zum speditiven Erlernen einer Fremdsprache notwendige Abstraktionsvermögen von älteren Kindern und

Jugendlichen. Das Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag im Fremdsprachenunterricht der Primarstufe ist deshalb deutlich ungenügend.

Dies ist umso bedenklicher, als dass andere Fächer wie Mathematik oder auch Deutsch wegen der vielen Fremdsprachenlektionen zu kurz kommen. Dabei weiss man aus der Forschung zum Fremdsprachenerwerb längst, dass Fremdsprachen erfolgreich lernt, wer über fundierte Kenntnisse in der eigenen Muttersprache verfügt.

Zugunsten einer zweiten Fremdsprache sollte folglich insbesondere Deutsch gefördert werden. Bei Sprachen auf der Primarstufe gilt: Weniger ist mehr.

André Fritz (EVP), Birsfelden

Wertschöpfung gefährdet

Zur Baslerbieter Abstimmung über die Baubewilligungs-Gebühren

Weil Baubewilligungen nicht kostendeckend abgewickelt werden können, sollen die Gebühren für die grössten Bauprojekte im Kanton auf über 100 000 Franken ansteigen. Doch es sind längst nicht nur die Grossinvestitionen nicht kostendeckend und setzen damit die Investitionen, die dem Baselbiet hohe Wertschöpfung und Arbeitsplätze bringen, aufs Spiel. Gefährden wir deshalb nicht unnötig unsere Wirtschaft: Nein zur Aufhebung der Obergrenze der Baubewilligungsgebühren!

Rolf Graf, Maisprach, Präsident Bauunternehmer Region Basel

Höhere Gebühren nur für Grossprojekte

Am 10. Juni soll das Baselbieter Volk die Baubewilligungsgebühren für ein paar wenige Grossprojekte anheben. So wird uns die Vorlage von den Befürwortern verkauft. Aber: Ist die Obergrenze für Baubewilligungsgebühren erst mal aufgehoben, wird es nicht lange dauern, bis auch die Gebühren für kleinere Bauprojekte ansteigen.

Nicht genug damit, dass die KMU immer mehr Regulierungen beachten müssen, auch die Abgaben steigen kontinuierlich an. Ich wehre mich dagegen, dass unsere KMU immer mehr Steine in den Weg gelegt werden und sage Nein zu Gebühren ohne Grenzen.

Hans-J. Ringgenberg, Landrat SVP, Therwil

Einspruch

Kinobetreiber verbieten Netflix!

Von Carol Baltermia und Titus Hell

Mit ähnlich unwarhen Behauptungen argumentieren die Befürworter im Abstimmungskampf zum Geldspielgesetz (GSG). Dass Christoph Eymann die Jungparteien von links bis rechts frontal angreift, um das protektionistische und spieterschutztechnisch unnütze Geldspielgesetz zu schützen, befremdet (BaZ 30.5.18).

Als liberale Jungpolitiker sehen wir in einer Abschottungspolitik mit Netzsperrungen niemals eine taugliche Lösung. Durch den Ausschluss ausländischer Geldspielanbieter vom Schweizer Onlinemarkt wird einzig Protektionismus zugunsten der Schweizer Geldspiellobby betrieben. Oder mit welcher Begründung soll ein Anbieter eine Konzession für Online-Geldspiele nur dann erhalten, wenn er über ein physisches Casino oder eine Tochtergesellschaft in der Schweiz verfügt? Wenn man diese Argumentation zu Ende denkt, müsste beispielsweise Netflix ein Kino betreiben und Zalando einen Schuhladen in der Schweiz eröffnen.

Diese nachweislich ungültige Vorlage hilft weder dem Staat noch dem propagierten «Gemeinwohl» noch den möglichen Spielsüchtigen. Der Schwarzmarkt wird vergrössert, da Netzsperrungen einfach und straffrei umgangen werden können. Die Forderungen der Spielschutzverbände wurden unterdrückt.

Mit einer neuen Vorlage könnten sich auch ausländische Anbieter, sofern sie die Konzessionsvoraussetzungen erfüllen, um eine Konzession im Onlinebereich bewerben. Damit wird sichergestellt, dass sämtliche Anbieter dem Schweizer Recht, den gesetzlichen Spielschutzvorschriften und der AHV/IV-Abgabepflicht unterstellt werden. Es würde kein «Wilder Westen» im Internet entstehen, wie behauptet wurde. Ein offener und regulierter Markt könnte so, unter klaren Voraussetzungen, für mehr Anbieter geöffnet werden. Dies würde automatisch zu mehr Geld in der Staatskasse führen und würde eine wahre Besserstellung der Allgemeinheit zur Folge haben.

Zudem muss man zwingend im Hinterkopf behalten, dass unsere Anliegen lediglich die Konzessionierung der Casinos im Onlinebereich betreffen. Das kantonale Monopol unter anderem auf Sportwetten, Geschicklichkeitsspiele oder Lotterien, deren Abgaben in gemeinnützige

Die nachweislich ungültige Vorlage hilft weder dem Staat noch den möglichen Spielsüchtigen.

Zwecke fliessen, wären von unserem Vorschlag, welcher im Übrigen auch von der Eidgenössischen Spielbankkommission befürwortet wird, nicht betroffen. Es ist auch nicht so, dass die Jungfreisinnigen und die anderen am Referendum beteiligten Parteien ein Grundrecht auf ein «freies und unreguliertes» Internet durchsetzen wollen. Wir wehren uns jedoch gegen eine systematische Aussperrung einer ganzen Branche.

Umso erstaunlicher sind die Aussagen von Christoph Eymann, da die Geschichte bereits mehrfach zeigte, dass sämtliche protektionistischen Anliegen in der Politik untätiglich oder nur sehr schwerlich umsetzbar sind. Aus liberaler Sicht enttäuschen solche Aussagen, wenn man bedenkt, dass die Schweiz ihren Wohlstand zu einem grossen Teil ihrer Offenheit und liberalem Handeln verdankt. Es freut uns jedoch umso mehr, dass auch die Partei von Eymann dieses Lobbygesetz durchschaute und die klare Nein-Parole gefasst hat. Das GSG bildet die Voraussetzung für eine Abschottungspolitik mit Netzsperrungen und ist daher abzulehnen. Ein Ja würde einzig der Casinolobby helfen.

Carol Baltermia ist alt Präsident Jungfreisinnige Basel-Stadt. Titus Hell ist Vorstandsmitglied Jungfreisinnige Basel-Stadt.